

Kommentar zur Grundgesetzänderung

Schuldenbremse für Rüstung entsperrt – nun gilt es zu liefern! Aber wie? - Dr. Hans C. Atzpodien, Hauptgeschäftsführer BDSV e.V.

Aus der aktuellen und absolut richtigen Einsicht heraus, dass in dieser augenblicklichen Weltordnung nur noch eigene Stärke zählt, haben die Koalitionspartner der künftigen Bundesregierung, nämlich CDU/CSU und SPD, sekundiert von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, in ihren Beschlüssen, die sie noch dem 20. Deutschen Bundestag zur Abstimmung über eine Grundgesetzänderung vorgelegt haben, genau die richtigen Schlüsse gezogen.

Das Ziel, endlich in kürzest-möglicher Zeit eine von allen Zwängen der Mangelverwaltung befreite Komplett-Ausrüstung der Bundeswehr zu bewerkstelligen, muss das primäre Ziel unserer Gesellschaft sein, wenn wir weiter in unserer Lebensform existieren wollen. Ebenso ist es richtig und zwingend, dass auch die Aufwendungen für den Aufbau einer gleichermaßen resilienten Zivilgesellschaft genauso von der Schuldenbremse ausgenommen wurden wie die Militärausgaben selbst. Beide Bereiche gehören untrennbar zusammen; sie bedingen sich gegenseitig. Schon heute sagt uns das Bundesamt für Verfassungsschutz unmissverständlich, dass wir angesichts der Angriffe auf unsere zivile Infrastruktur nicht mehr allein von „hybrider Bedrohung“ sprechen können, sondern dass wir uns hier bereits in einer Art von Kriegszustand befinden. Ohne eine robuste Abwehrbereitschaft auf allen Feldern der zivilgesellschaftlichen Angriffe, wie wir sie tagtäglich erleben und noch schlimmer erleben könnten, nützt uns auch eine best-ausgerüstete Bundeswehr nur bedingt. Insofern sind die Gesamtverteidigungs-richtlinien, der Operationsplan Deutschland, die Anstrengungen zur Verbesserung des Bevölkerungsschutzes, die Maßnahmen zur Cyberabwehr allesamt auch finanziell so zu dotieren, dass wir hier unsere bisherigen Defizite umgehend aufholen können.

In Zeiten, in denen es vor allem auf eigene Stärke ankommt, kann es schon aus diesem Grund nicht darum gehen, sich die Ausrüstung für Bundeswehr und Sicherheitsorgane irgendwo zusammenzusuchen. Nein, die Fähigkeit der eigenen – es sollte bewusst heißen „nationalen“ – Industrie, diese Ausrüstung zumindest weitestgehend selbst bereit zu stellen, ist in sich ein wesentlicher Beitrag zu der geforderten Stärke Deutschlands. Ein Käufer muss sich im Laden in der Schlange der Kauf-Interessenten hintenanstellen. Der aber, der die Produktion selbst in der Hand hat und steuert, kann die Reihenfolge bestimmen. Dies aber kann man nur von einer eingefahrenen industriellen Plattform aus tun. Deutschland hat in sehr vielen Feldern der Rüstung diese

Voraussetzungen. Deutschland hat darüber hinaus in angrenzenden Feldern – wie im Automobilbereich – gerade jetzt freierwerdende Ressourcen, die unbedingt für Rüstung nutzbar gemacht oder nutzbar gehalten werden müssen. Das Motto „Autos zu Rüstung“ muss zu einem gesamtgesellschaftlichen Aufbruch genutzt werden. Deutschland hat sich nicht zuletzt durch die im Dezember 2024 erneut bekräftigte Definition national wichtiger und zu erhaltender „Schlüsseltechnologien“ im Bereich der Sicherheit und Verteidigung eine Basis geschaffen, auf deren Grundlage der entsprechende Ressourcen-Einsatz strategisch konsistent gesteuert werden kann.

Weiß man auf Seiten der Industrie, für welchen Output in welcher Zeiteinheit man eine Fertigungsanlage auszulegen hat, dann kann man unmittelbar an die Umsetzung gehen. Kommen hingegen immer wieder nacheinander einzelne Nachfrager auf die Industrie zu, so ergibt dies ein „Patchwork“, welches zu Misshelligkeiten innerhalb der Schlange der Kunden führt und Effizienz sowie Effektivität in der Abarbeitung der Bestellungen verhindert. Es wird also für Produkte, die Deutschland in seiner „Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie“ als deutsche „Schlüsseltechnologien“ eingestuft hat, maßgeblich darauf ankommen, dass die kommende Bundesregierung mit dem zu erwartenden Nationalen Sicherheitsrat und den BMVg-Rüstungsverantwortlichen genau diese Aufgabe meistert, nämlich schnellstens aggregierte und konsolidierte Abnahme-Zahlen zusammen mit anderen willigen EU-Nachfragern zusammen zu bringen. Für die Umsetzung wird es entscheidend darauf ankommen, wie es der neuen Bundesregierung gelingt, die Kräfte der Wirtschaft so zu motivieren, dass die klassische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, aber auch die Auto- und Automobilzulieferindustrie, die Bauwirtschaft, der Maschinen- und Anlagenbau sowie die beteiligten Bundesministerien und Landesregierungen miteinander in einen Aufbruch-Prozess kommen. Daraus wird sich eine Dynamik ergeben, die dann wiederum die entscheidenden privatwirtschaftlichen Kräfte freisetzt. Dazu müssen von der neuen Bundesregierung die entscheidenden Signale kommen, wie sie im Ansatz ja bereits mit der Entsperrung der Schuldenbremse für Militär und zivilgesellschaftliche Resilienz gesetzt wurden.

Nur Worte einer neuen Bundesregierung, auch wenn sie noch so eindringlich formuliert sein mögen, würden aber alleine nicht ausreichen, um die besagte Dynamik in der Umstellung auf deutlich mehr Output im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungs-Rüstung zu erreichen. Hierzu bedarf es vielmehr auch konkreter Verbesserungen und Erleichterungen bei den regulatorischen Rahmenbedingungen. Viele dieser Verbesserungen sind ebenfalls in der im Dezember 2024 verabschiedeten „Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie“ bereits angelegt, bedürfen aber nun der Umsetzung in Form eines umfassenden „Rüstungsbeschleunigungspaketes“. Viele dieser Rahmenbedingungen haben ihre Wurzeln in europarechtlichen Bestimmungen. Entscheidend bleibt daneben aber der Umbau der deutschen Regulatorik in Richtung Beschleunigung. Hierzu hat der BDSV unter dem Stichwort „Programm für eine Resilienzwirtschaft“ schon im letzten Jahr viele Vorschläge gemacht, darunter die sog. „BDSV 10“. Derzeit sind wir dabei, dieses regulatorische Programm noch weiter zu detaillieren, um die nächste Bundesregierung bei dieser Aufgabe aktiv zu unterstützen.

Je schneller diese drei Inputs – Geld, aggregierte Bedarfe und verbesserte regulatorische Rahmenbedingungen – wirksam zusammenkommen, umso schneller können die Anforderungen unserer veränderten Sicherheitslage von uns, der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, bedient werden.

18.03.2025

